

Das Gerangel um die Wählergunst zwecks Pöstchenerhalt ufert schon wieder aus. Was der Wähler, genauergesagt die Mehrheit der Wähler, tatsächlich will, gerät darüber wieder einmal in den Hintergrund und/oder verschwimmt. Es ist doch vollkommen Quatsch, daß es nur um Steuererhöhung oder -senkung ginge. So dumm sind die Bürger nicht. Wenn auch nur die wenigsten mit dem Verstand feststellen können, was richtig und was falsch ist, so haben sie doch ein einigermaßen sicheres Gespür dafür.

Tatsache ist vor diesem Hintergrund, daß die meisten Bürger schon lange nicht mehr soviel Angst hatten um Freiheit, Friede und Wohlstand, wie es augenblicklich wieder der Fall ist. Ursache sind sowohl die trotz aller Schönrede erschreckenden derzeitigen Zustände als auch die Ungewissheit betreffs der Zukunft. Hier liegt auch die Ursache für den Wahlerfolg der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie vermittelt die Sicherheit, sie gibt den Bürgern das Gefühl der Geborgenheit.

Für einen vernünftigen Staatsmann/frau sollte dies eigentlich ohne weiteres nachvollziehbar sein. Das vermisste ich allerdings bei dem Geschwätz in Presse, Rundfunk und Fernsehen mit Verantwortlichen im Nachgang zu den Wahlen 2013. Da kommen zu oft wieder die zu Wort, bzw. wird denen das Wort geredet, die sich schon in den letzten Jahrzehnten mit gegenseitiger Unterstützung maßlos bereichert haben. Und die jetzt Angst haben, es könnte damit vorbei sein. Und die immer noch meinen, man könnte die Bürger mit hochtrabendem Gerede übertölpeln.

Ich sehe mich daher wieder einmal gezwungen, meinen Betrachtungen dazu zu veröffentlichen und den Betreffenden mitzuteilen.

Zunächst stelle ich fest, daß ich den Eindruck gewonnen habe, daß meine bisherigen Meinungsäußerungen zwar gehört, aber vielfach nicht verstanden worden sind. Oder aber vorsätzlich im falschen Zusammenhang dargestellt, zerpfückt oder gar verdreht wurden, je nachdem, wie man meinte, daß es nützlich sein könnte. Hiermit meine ich die SPD, FDP und Grüne. Einigermaßen begriffen und richtig wiedergegeben bzw. angewendet sehe ich meine Weltanschauungen am ehesten noch bei der CDU/CSU und den Linken.

Daher empfehle ich eine Koalition zwischen der CDU/CSU und den Linken. Was bei letzteren an kommunistisch - stalinistischem oder DDR - sozialistischem Gedankengut noch vorhanden ist, ist sowieso tot und kann und sollte somit endlich entsorgt oder zumindest vernachlässigt werden. Um so wichtiger ist dafür ihr Einsatz für die Gesamtheit der Bürger, nicht nur für eine bestimmte Gruppe. Sofern man die "Schwachen" der Gesellschaft nicht als eine Gruppe auffaßt. Was sie ja nicht sind, und sie sind auch in Wirklichkeit die "Starken", denn sie sind nur weniger gewaltbereit, mitleidlos und rücksichtslos, dafür mehr selbstbeherrscht, hilfsbereit und zurückhaltend als die anderen, die irrsinnigerweise als die "Starken" angesehen werden, aber eigentlich die "Schwachen" sind. Was man ganz einfach daran erkennen kann, wenn man sich überlegt, wer ohne wen überleben kann.

Und es kommt wieder Bewegung in die festgefahrenen Abläufe und das starre Gefüge. Jetzt, wo die CDU/CSU (von der FDP) befreit aufatmen kann. Damit sich wirklich etwas ändern kann. Und zwar zum Besseren hin. Was das ist, ist nachfolgend dargelegt.

Die Fragen, die im "Wahl - O - Mat" aufgeführt waren, bieten eine gute Grundlage und sollen daher hier Schritt für Schritt bearbeitet werden. Das bietet sich auch deswegen an, weil unser Wahlverfahren einschließlich Parteienlandschaft sowieso veraltet ist und baldigst erneuert werden sollte. Die Meinungsprüfung und -äußerung durch den Bürger auf die hier sich entwickelnde Art und Weise ist diesbezüglich richtungsweisend.

Frage	CDU / CSU	Linke	Empfehlung
1.) Es soll ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden.	nein	ja	Ja Unumgänglich, um die Auswüchse hinsichtlich der Lohnentwicklung zu beseitigen. Als Haupthindernis sehe ich hier die FDP. Diese sieht in ihrem "Liberalismus" die Möglichkeit einiger weniger, sich auf Kosten der Mitmenschen zu bereichern und deren Früchte zu verprassen. Das aber hat mit Freiheit nichts zu tun, und das hat sie daher den Kopf gekostet. Mit Recht. Wenn sie anfängt zu begreifen, daß Freiheit für alle da sein muß, und für alle gleich, und sie dafür kämpfen und arbeiten muß, und daß das zuallererst bedeutet, daß für erbrachte Leistung eine angemessene, und dadurch gerechte Entlohnung erfolgen muß, dann hat sie wieder eine Zukunft.
2.) Eltern, deren Kinder nicht in die Kita gehen, sollen ein Betreuungsgeld erhalten.	ja	nein	Nein Eigentlich müßten die Aussagen der beiden Parteien genau umgekehrt sein. Denn diese Regelung führt nur dazu, daß diejenigen Frauen, die sowieso nicht arbeiten gehen und nur bequem zu Hause sitzen, gefördert werden. Eine Frau, die leistungsfähig und leistungsbereit ist, wird nicht wegen 150€ ihren Beruf aufgeben. Soll sie auch nicht, jede arbeitende Hand wird gebraucht. Viel wichtiger wäre es, in unserer zerstörten Gesellschaft wieder ein Gefüge zu errichten, in dem Kinder in familiärem Umfeld sicher und geborgen aufwachsen können. D.h. Versorgung durch die älteren Verwandten, die Jungen gehen arbeiten. Mit Betreuungsgeld aber "züchtet" man, wie schon seit vier Generationen mit anderen unsinnigen Regelungen, nur Asoziale. (Anmerkung: würde ich gerne anders ausdrücken, wäre dann aber nicht zutreffend und nicht wahrheitsgemäß).
3.) Generelles Tempolimit auf Autobahnen	nein	ja	Nein Es genügt, nur an bestimmten Stellen und zu bestimmten Zeiten Beschränkungen einzurichten. Wenn schon Stau ist, und zur Sicherheit, wenn wirklich erhöhte Gefahr besteht. Dauernd und ohne ersichtlichen Grund ist Quatsch. Der Verkehr wird immer dichter. Die Verweildauer eines Fahrzeugs auf der Straße muß so kurz wie irgend möglich gehalten werden. Die Möglichkeiten der Straße, des Fahrzeugs und des Verkehrs müssen ausgeschöpft werden können. In diesem Sinne wäre es viel wichtiger, ein allgemeines Überholverbot für LKW's einzuführen bzw. an Werktagen bei dreispurigen Autobahnen die

			rechte Spur nur für LKW's zuzulassen und gleichzeitig die Überwachung des Rechtsfahrgebots für PKW's zu verschärfen. Die Überholspur darf nur für den Überholvorgang genutzt werden, und dieser wiederum darf höchstens 10 Sekunden dauern. Wer nicht überholen kann oder will, bleibt rechts. Dann fließt der Verkehr schneller ab und es gibt keine Gefahren durch Schnellfahrer. Durch zusätzliche entsprechende Verstärkung allein der rechten Fahrspur könnten Straßenschäden dann auch kostengünstig länger vermieden werden.
4.) Deutschland soll den Euro als Währung behalten	ja	ja	Ja Es genügt nur eine Währung weltweit. Das würde den Zahlungsverkehr für den Bürger einfacher und übersichtlicher machen. Und nur darauf allein kommt es an. Alles, was dagegen vorgebracht wird, ist an den Haaren herbeigezogen. Um genau das, nämlich den Überblick und den Durchblick des Bürgers, zu verhindern.
5.) Der Strompreis soll vom Staat stärker reguliert werden.	nein	ja	Ja Die gemeinschaftliche Stromversorgung, dabei insbesondere die Netze, gehört als Gemeinschaftseigentum unter die Verwaltung, und damit auch die Überwachung, der Staatsverwaltung. Anmerkung: der "Staat" reguliert sowieso schon, denn das sind wir alle.
6.) Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgebaut werden	ja	nein	Nein Bemerkenswert: Stalin und Honecker hätten "ja" gesagt. So verkürzt, wie das hier geschrieben steht, und so allgemein, wie das von vielen auch geplant ist, führt das in erster Linie zur Überwachung des braven Bürgers. Der Verbrecher schert sich wenig darum. Um den Bürger zu schützen bedarf es einer besseren Straftatsverfolgung und Bestrafung der Täter. Solange aber, wie es in der deutschen Rechtssprechung inzwischen üblich ist, die Schuldverdrehung herrscht, sodaß die Verantwortung an einem Verbrechen nicht mehr dem Täter, sondern dem Opfer zugeschrieben wird, und somit dieses die Schuld und die Folgen zu tragen hat, wird sich auch durch noch so viele Videos nichts ändern.
7.) In Deutschland soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden.	nein	keine Angabe	Ja Dabei berücksichtige ich, daß es ein Grundeinkommen in Form von Hartz IV bzw. Sozialhilfe ja bereits gibt, und "bedingungslos" sowieso nicht geht, da bereits die Ortsangabe "Deutschland" eine Bedingung darstellt. Ein Grundeinkommen, das allerdings nur dann zur

			Auszahlung kommt, wenn nicht durch Arbeit Einkommen erzielt werden kann, ist unerlässlich. Das arbeitspflichtige Alter beginnt mit 15 und endet mit 65 (nicht 67). Unter 15 ist Kindergeld, über 65 Altersversorgung. Ausnahmegründe während des arbeitspflichtigen Lebensalters, die zum Erhalt des Grundeinkommens berechtigen, sind Ausbildung, Krankheit, Mutterschaft. Ausschließlich. Sofern diese nicht anders abgesichert sind. s.auch 10.), 16.), 22.)
8.) Nur ökologische Landwirtschaft soll finanzielle Förderung erhalten	nein	keine Angabe	Ja Die Auswüchse in der Landwirtschaft, wo zugunsten möglichst hoher Gewinne durch Großbetriebe die Umwelt geschädigt und der Lebensraum von Menschen stark beeinträchtigt wird, dabei gleichzeitig minderwertige Nahrungsmittel hergestellt werden, müssen schleunigst beseitigt werden. Dies auch noch durch Steuergelder zu fördern ist Wahnsinn in Reinstform.
9.) Alle Kinder sollen ungeachtet ihres kulturellen Hintergrundes gemeinsam unterrichtet werden.	ja	ja	Ja Dabei muß allerdings mehr als bisher darauf geachtet werden, daß nicht weiterhin das entsteht, was wir jetzt haben, was ich "Kulturmarsch" nenne. Wo man nicht mehr weiß, wer was ist. Wo ein Türke weder richtig deutsch, noch richtig türkisch spricht. Wie ein Dönerbrot mit Currywurst drin. Das Schöne und Reizvolle ist doch die Kulturvielfalt. Wie eine Bergwiese mit unzähligen verschieden gefärbten und geformten Pflanzen und Tieren. Das ist doch viel angenehmer für das Auge und das Herz als eine endlose Graswüste in Graubraun.
10.) Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden	nein	ja	Ja Allerdings soll das dann nicht mehr Steuer heißen, sondern Rente. Es wird allerhöchste Zeit, daß Steuer nicht mehr vom Einkommen erhoben wird, und dann wieder als Rente zur Auszahlung kommt. Dabei insbesondere in Form von Pensionen für Beamte. Der Bürger macht das nicht mehr lange mit. Der Bürger hat die Macht. Er streicht die Pöstchen, die ihm nicht passen. Die FDP hat das schon mal zu spüren bekommen. s.auch 16.), 22.)
11.) Deutschland soll aus der Nato austreten	nein	ja	Ja Dieser ganze Kriegswahnsinn gehört endlich dorthin, wo er hinpaßt: ins Irrenhaus, unter Verschuß auf ewig. s. dazu auch 15.)
12.) Kein Neubau von Kohlekraftwerken	nein	ja	Ja Die braucht kein Mensch. (Anmerkung: der Nacktaffe schon)
13.) Die "Pille danach" soll	ja	nein	Ja Es handelt sich hierbei um ein starkwirksames und

rezeptpflichtig bleiben.			nicht harmloses Arzneimittel.
14.) Alle Banken in Deutschland sollen verstaatlicht werden	nein	keine Angabe	Ja Sind sie doch sowieso. Zumindest wenn es um die Haftung für Verluste geht. Dann muß man auch die Gewinne verallgemeinern.
15.) Deutschland soll mehr Flüchtlinge aufnehmen	nein	ja	Nein Deutschland soll statt dessen mehr dafür tun, daß es nicht so viele Flüchtlinge gibt. Dafür genügt es schon, sich nicht an Raubzügen in fremde Länder zu beteiligen, und sei es nur dadurch, daß Waffen dafür nicht mehr geliefert werden. Unmenschlich und armselig, wer damit seinen Lebensunterhalt verdient. s. dazu auch 11.)
16.) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen für die Zeit, in der sie Angehörige pflegen, staatliche Lohnersatzleistungen erhalten	nein	ja	Ja Da es sich aber um Pflegeleistungen handelt, sind diese aus der Pflegeversicherung angemessen zu bezahlen. Wie unter 10.) beschrieben müssen diese Beiträge aus dem Einkommen erhoben werden. Und zwar aus allen. Also auch aus Kapitalerträgen, Mieteinnahmen (solange es diese überhaupt noch gibt), Unternehmereinkommen, Einkommen aus der Tätigkeit im Staatsdienst. s. auch 7.), 10.), 22.)
17.) Verfassungswidrige Parteien sollen weiterhin verboten werden können	ja	ja	Nein Verfassungswidrige Parteien gibt es nicht. Denn jeder Bürger hat das Recht, sich mit anderen zu Parteien zusammenschließen. Wenn diese dann versuchen, die Verfassung zu ändern, was schließlich eine Zweidrittelmehrheit erfordert, so ist auch dies rechtmäßig. In einer Demokratie.
18.) Bafög soll unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden	nein	ja	Nein Eigentlich müßten die Standpunkte der Parteien gerade umgekehrt sein. Denn es vereitelt die Gleichstellung in den Möglichkeiten zur Ausbildung. Die Mittel für Bafög sind nur begrenzt. Es kann nicht sein, daß das Kind von Eltern mit hohem Einkommen die Vorteile, die es dadurch gegenüber dem Kind armer Eltern eh schon hat, mit staatlicher Hilfe weiter ausbaut.
19.) An allen deutschen Grenzen sollen wieder Einreisekontrollen durchgeführt werden	nein	nein	Nein Die braven, anständigen Bürger brauchen das nicht. s. dazu auch 4.), 6.)
20.) In Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen soll eine gesetzliche Frauenquote gelten	keine Angabe	ja	Nein Eine Anstellung hat ausschließlich nach der Eignung zu erfolgen. Wenn Frauen aufgrund von Mutterschaft in beruflicher Hinsicht benachteiligt sind, dann muß man die Lösung hier suchen, und diese Mißstände beseitigen. Hier hat man aber

			vorsätzlich während der letzten 60 Jahre die entsprechenden gesellschaftlichen Voraussetzungen zerstört, was nicht zuletzt auch für den Rückgang der Kinderzahlen verantwortlich ist. Der Einkauf von jungen Menschen mit Kindern aus dem Ausland, Betreuungsgeld oder die Adoption von Kindern durch Homosexuelle sind sicher keine geeigneten Verfahren, um diesen Mangel wieder zu beseitigen. s. dazu auch 2.), 23.), 33.)
21.) Finanzstarke Bundesländer sollen schwache Bundesländer weniger unterstützen müssen	keine Angabe	nein	Ja In einem Verbund soll nicht der Leistungsunwillige, sondern der Leistungsschwache unterstützt werden. Es gibt keinen Anlaß, anzunehmen, daß das eine Bundesland schwächer sein soll als das andere. So, wie es jetzt ist, zahlen die "reichen" Bundesländer für den Rest der Welt. Denn das unrechtmäßige (d.h. ohne angemessene Gegenleistung erfolgte) Verschenken von erarbeiteten Überschüssen hört nicht an der deutschen Grenze auf. Die betreffenden Bundesländer zahlen mittelbar über Deutschland in die EU ein, und diese kauft dann damit weltweit ein.
22.) Das gesetzliche Rentenalter soll wieder gesenkt werden	nein	ja	Ja Unbedingt. Denn eine arbeitspflichtige Lebenszeit vom 15. bis zum 65. Lebensjahr reicht. Es muß nur endlich abgestellt werden, daß irgendwelche Leute schon vorher, teilweise ab Geburt, Renten in erheblicher Höhe beziehen und diese dann noch dazu benutzen, der arbeitenden Mitbevölkerung ein angemessenes Einkommen vorzuenthalten. Einkünfte gleich welcher Art und aus welcher Quelle auch immer ohne zugehörige Arbeitsleistung grundsätzlich erst ab dem 65. Lebensjahr. s. dazu auch 7.), 10.), 16.)
23.) Der Staat soll im öffentlichen Dienst verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen.	ja	ja	Nein Eine Einstellung hat grundsätzlich nach der Eignung zu erfolgen. Und was soll das überhaupt sein - "Migrationshintergrund". Das ist doch wieder so ein Quatsch von großtuerischen Presseleuten. Es gibt Menschen, die in Deutschland geboren sind, und solche die im Ausland geboren sind. Die, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben und solche, die sie nicht haben. Das ist zunächst alles. Vorrang bei der Einstellung haben dann bei gleicher Eignung die, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben, weil die auch mehr Verpflichtungen haben. So ist es in der Schweiz, und so ist es richtig. s. dazu auch 9.), 20.), 36.)
24.) Rüstungsexporte sollen verboten	nein	ja	Ja s. dazu auch 11.), 15.)

werden			
25.) Das Ehegattensplitting soll beibehalten werden	ja	nein	Ja Alles was zur Entstehung und Festigung einer Familie, bestehend aus Frau, Mann und Kindern, umrahmt von Großeltern, Enkeln, Tanten und Onkel, Nichten und Neffen, beiträgt, muß gefördert werden. s. dazu auch 2.), 16.), 20.)
26.) Deutschland soll sich für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union einsetzen	nein	ja	Nein Dafür soll sich die Türkei einsetzen.
27.) Abgeordnete sollen ihre Nebeneinkünfte auf den Euro genau offenlegen müssen	keine Angabe	ja	Ja Abgeordnete müssen in Ihren Entscheidungen unabhängig sein von Wünschen einzelner Gruppen, Sie müssen für alle Bürger gemeinsam und gleichermaßen tätig sein. Das müssen sie dauernd beweisen und muß überprüft werden können.
28.) Energieintensive Industrien sollen sich stärker als bisher an der Finanzierung der Energiewende beteiligen müssen	nein	ja	Ja Es gibt keinen Grund, der es rechtfertigt, daß bestimmte Betriebe Strom billiger bekommen als andere. Bei gleicher Abnahmemenge. Es ist eher umgekehrt: die Vielverbraucher tragen besonders viel zur Umweltbelastung bei. Sie müßten also mit den Kosten zur Vermeidung dieser und von daraus folgenden Schäden nicht weniger, sondern eher mehr belastet werden. s. dazu auch 5.), 12.)
29.) Hartz-IV- Empfängern und Empfängerinnen sollen weiterhin Leistungen gekürzt werden, wenn sie Jobangebote ablehnen	ja	nein	Ja s. dazu auch 1.), 2.), 7.), 16.), 21.), 22.)
30.) Der Staat soll weiterhin für Religionsgemeinschaften Kirchensteuer erheben	ja	nein	Nein Weil die Staatsverwaltung für alle gleichermaßen handeln muß. Der Aufwand wäre viel zu groß. Wenn ein Bürger eine Religionsgemeinschaft für sich in Anspruch nimmt, weil er dadurch einen Nutzen hat, dann muß er dafür eine Gegenleistung erbringen. Wie das abgewickelt wird, obliegt den zugehörigen Partnern, nicht der Staatsverwaltung.
31.) Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in gesetzlichen Krankenkassen versichert sein	nein	ja	Ja Entweder ein Bürger rechnet sich zu einer Gemeinschaft, oder aber nicht. Dann muß er sich auch deren Regeln beugen. Sonderregeln kann es dabei nicht geben. Das widerspräche dem Gleichheitsgrundsatz. Die derzeitigen Regeln in

müssen			<p>Deutschland im Bereich Krankenversicherung und Rentenversicherung sind also verfassungswidrig. Sie verschaffen einzelnen Gruppierungen Sonderrechte mit Vorteilen. Solange es geht, nutzen sie diese, wenn es nicht mehr geht, kriechen sie unter den Schutzmantel der Mitbürger, von denen sie sich vorher abgesondert hatten, und für die sie bis dahin nichts getan haben. Obwohl sie es gekonnt hätten. Das kann nicht sein. Da fehlt es an der Gegenseitigkeit und der Ausgeglichenheit. s.dazu auch 4.), 7.), 10.), 23.)</p>
32.) In der Euro - Zone soll jeder Staat alleine für seine Schulden haften	ja	nein	<p>Ja Es muß immer der für einen Schaden haften, der ihn verursacht hat. Solange der Verursacher ein Mensch ist. Ein Staat ist eine Gemeinschaft von Menschen. Da haftet dann dieser. Schwierig wird es nur, wenn es darum geht, festzustellen, wer wem einen Schaden und in welcher Höhe zugefügt hat. In diesen Verfahren gibt es schwerwiegende Mängel. Insbesondere in Deutschland. Wenn "höhere Gewalt" der Verursacher ist, sollte man sich dagegen versichern. Die kann man nämlich nicht haftbar machen. s. dazu auch 4.), 6.), 19.).</p>
33.) Auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sollen ein gemeinsames Adoptionsrecht erhalten	nein	ja	<p>Nein Eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft kann eingehen, wer meint, daß es für ihn das Richtige ist. Es kann aber nicht sein, daß das als die Regel hingestellt wird. Denn das ist es sicher nicht. Die Regel ist die verschiedengeschlechtliche Partnerschaft. Alles andere ist die Ausnahme. Hier besteht, wie so oft in unserer Gesellschaft, eine Verdrehung, die zum Untergang derselben führen wird. Tatsache ist, daß ein wesentliches Merkmal des Lebens die Fortpflanzung ist. Bei höheren Lebewesen findet diese auf geschlechtlichem Wege statt. Gesteuert wird dies durch Triebe, die somit die ursprünglichste und unterste, d.h. tragende Ebene der Gefühlswelt darstellen. Wie es angeborene körperliche und geistige Mißbildungen gibt, gibt es auch seelische. Hier sind die Ursachen für gleichgeschlechtliche Beziehungen zu suchen. Weder die eine, noch die andere Mißbildung berechtigt einen, der sie nicht hat, dazu, den Betroffenen zu verurteilen oder gar zu verachten. Im Gegenteil: er ist verpflichtet, wo immer es geht, zu helfen. Als Mensch. Letztendlich handelt es sich im vorliegenden Fall folgerichtig also lediglich um eine Störung in der</p>

			<p>Fortpflanzungsfähigkeit. Da gibt es auch andere Formen. Allemal schlimm genug.</p> <p>Es kann aus dieser Regelabweichung nicht abgeleitet werden, daß die Betroffenen Nachteile im wirtschaftlichen Leben hinzunehmen hätten. Diese werden sowieso vertraglich geregelt.</p> <p>Auch nicht in steuerlichen Belangen. Solange diese nicht damit begründet werden, daß eine Familie vorläge. Denn das ist mit Sicherheit nicht der Fall.</p> <p>Das ist eine Verbindung von Mann und Frau mit der Absicht, gemeinsam Kinder zu bekommen und aufzuziehen, mit dem Ziel, sich dadurch fortzupflanzen. Das sind grundlegende Voraussetzungen und wesentliche Merkmale. Und genau diese fehlen bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften naturgemäß.</p> <p>Dadurch fehlen einem Kind, das in so einer Umgebung aufwächst, wesentliche, natürliche Umstände. Das kann und darf nicht durch Adoption gefördert werden. Da steht die Zukunft des Kindes über den durchaus nachvollziehbaren Wünschen von Erwachsenen.</p> <p>s. dazu auch 2.), 20.), 25.)</p>
34.) Keine Speicherung von Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, Internet) ohne konkreten Anlaß	nein	ja	Ja s. dazu 6.), 19.)
35.) Bei Neuvermietungen soll der Mietpreis nur begrenzt angehoben werden dürfen	ja	ja	Ja Solange es diese verbrecherische Entartung namens Vermietung überhaupt noch gibt. s. dazu auch 7.), 8.), 10.), 16.), 22.)
36.) Volljährige deutsche Staatsangehörige sollen keine weitere Staatsangehörigkeit besitzen dürfen	ja	nein	Ja Aus einer Staatsangehörigkeit erwachsen Rechte und Pflichten. Bei der Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen Gemeinschaften kann es leicht gezwungenermaßen zu Pflichtverletzungen kommen. s. auch 4.), 9.), 15.), 23.), 26.), 30.), 31.), 31.), 32.)
37.) Die Nutzung von Autobahnen soll kostenpflichtig sein	keine Angabe	nein	Ja Selbstverständlich. Und das ist sie ja schon. Wie überall. In Deutschland allerdings nur für Deutsche. Nicht zu glauben. Eine Autobahn ist Gemeinschaftseigentum, ist somit für alle nutzbar. Und für diese Leistung muß eine angemessene Gegenleistung erbracht werden. Wie immer. Von dem, der sie in Anspruch nimmt.

38.) Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene	keine Angabe	nein	Ja Unbedingt bei wichtigen, d.h. weittragenden und alle betreffenden, Vorhaben, bei denen sich aus den Reihen der Bürger Widerspruch regt. Das gibt es zwar schon, aber es ist noch zu umständlich. Und zu wenig geregelt. Vor allem die Voraussetzungen müßten zunächst genau festgelegt werden: Anzahl der Betroffenen, Anzahl der Widersprecher, Bedeutung für die Gemeinschaft hinsichtlich Friede, Freiheit und Wohlstand, Geldwert des Vorhabens usw. Hier besteht noch Forschungsbedarf.
39.) Regulierung der Geldmärkte	keine Angabe	keine Angabe	Nein Ganz abschaffen. Diese Frage wurde, obwohl sie die wichtigste überhaupt ist, nicht gestellt. Das ist bezeichnend. Meine Meinung dazu habe ich bereits im Rahmen von "Betrachtungen zur Wirtschaftsentwicklung" geäußert. Ich füge noch den Mitschrieb von Äußerungen zu diesbezüglichen Fragen im Rahmen einer Internet - Gesprächsrunde bei. (Anhang "Schriften ZDF")

#### Schlußbemerkung:

Es kann nicht bezweifelt werden, daß tiefgreifende und umfassende Veränderungen vorgenommen werden müssen, um die Menschheit vor dem vorzeitigen, d.h. nicht durch das Weltall in Jahrmilliarden verursachten, Untergang zu bewahren.

Daß viele Menschen das auch schon gemerkt haben und entsprechend handeln, habe ich eingangs bereits festgestellt.

Ich gebe obenstehend nocheinmal einige Anregungen. Wenn, wie schon früher die FDP, die sich aus einer Mitteilung lediglich einen Wahlspruch, den ich im Frühjahr 1996 im Rahmen einer kurzzeitigen politischen Tätigkeit für die Partei der REP entwickelt hatte (Anhang "FDP 2012") herausgefiltert und marktschreierisch verhunzt auf die Fahnen geschrieben hat, nun auch die anderen Parteien verfahren, und es bessert sich wieder nichts für die Gesamtheit der Bürger, dann werden auch diese bei den nächsten Wahlen ihren Platz räumen müssen.

Das ist keine Drohung, sondern eine Vorhersage. Wie schon mehrfach angedeutet, habe ich Einblicke in Vorgänge, die andere nicht haben, und aufgrund derer ich mich unter anderem auch als Prophet betätigen kann (Anhang "Dreieinigkeit").

Jedenfalls kann und will ich dies alles nicht alleine und umsonst machen. Schließlich (s. Anhang "Dreieinigkeit") beschäftigt mich außer dem "Weltfrieden" und der "Philosophie" auch noch das Vorhaben "Salusopt° - Gesundheitsnetz".

Ich beobachte daher die Entwicklung. Wenn ich erkenne, daß sich bis zu den nächsten Wahlen vorraussichtlich nichts Wesentliches getan haben wird, werde ich rechtzeitig eine eigene, neue Partei gründen. Wer also keine rechte Lust hat, für den Bürger alles zu geben, soll sich am besten gleich nach einer neuen Beschäftigung umsehen.

Pforzheim, den 29.09.2013

R.Hupert